



Stoppt den Waffenhandel!

Aus der Rede von Christine Hoffmann, pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne gegen Rüstungsexporte bei der Kunstaktion am 26.2.2013 in Berlin

Nonviolence – Gewaltfreiheit - der Revolver mit dem verknoteten Lauf – das weltbekannte Friedenssymbol Carl Frederik Reuterswårds - es steht an 16 Orten auf diesem Globus. Es gibt Orte, da gehört dieses Symbol hin und es gibt Orte, da gehört es zweifellos nicht hin. Das Hauptquartier der UNO gehört eher zu den Orten, wo dieses Symbol hin gehört, das Berliner Kanzleramt wohl eher den Orten, wo es garantiert nicht hingehört. - Reuterswård mag da wohl eine Vorahnung gehabt haben: In New York steht ein Original, hier eine Kopie.

Wir ergänzen das Denkmal des schwedischen Künstlers heute mit einem zweiten Mahnmal: Einem Revolver ohne Knoten im Lauf. Es soll daran erinnern, wie tödlich die tatsächliche Politik unserer Bundesregierungen ist. Es soll deutlich machen, wie groß der Widerspruch zwischen rhetorischem Anspruch und der tatsächlichen Wirkung deutscher Politik ist. Waffenexport tötet – nicht nur potentiell, sondern täglich und tatsächlich.

Bundesregierungen aller Couleur haben seit dem Ende des Kalten Krieges behauptet, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sei menschenrechtsorientiert und von Werten geleitet. Im Namen der Menschenrechte haben diese Regierungen Waffenexporte genehmigt, bis die Bundesrepublik zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen war.

Unter der Flagge der Menschenrechte nahm die Bundeswehr an Auslandseinsätzen teil, bis in Deutschland wieder offen von Krieg und Gefallenen gesprochen wurde. Um der Menschenrechte willen meint die derzeitige Bundesregierung, auch autoritäre Regime durch Rüstungsexporte und Ausbildungshilfen „ertüchtigen“, – ja so nennt es Angela Merkel – „ertüchtigen“ zu müssen, damit sie gemeinsam mit uns oder gar für uns eine uns genehme Weltordnung aufrecht erhalten.

Wann fällt uns endlich auf, dass George Orwell uns täglich grüßt. Wann beginnen wir in Deutschland offen zu sagen, worum es eigentlich geht?

Reden wir laut und deutlich über die Interessen, die deutsche Politik, deutsche Rüstungsbetriebe und ihre Rüstungskundschaft antreiben:

1. Ein bekannter sprichwörtlich-deutscher Satz sagt: „Geld stinkt nicht“. In Analogie könnte man sagen: Die Maxime deutscher Rüstungsexportpolitik ist: „Rüstungsexporte stinken nicht.“ „Denn das Geld, mit dem sie bezahlt werden, stinkt auch nicht.“ Und die Korruption, die die Exporte ermöglicht, stinkt auch nicht.“ Sagen können wir dies nur, weil Geld angeblich nicht stinkt. Und weil der Geruch der Leichen, die deutsche Waffenexporte verursachen keine Chance hat, ähnliche Entfernungen zu überbrücken, die sauberes geruchsfreies Geld in wenigen Minuten überbrückt.

2. Wenn wir laut über unsere deutschen Motive reden würden, müssten wir sagen: Es geht um einige wenige aber bestens bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland, 40.000 von 40 Millionen, um substantielle Gewinne und um unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen großen Rüstungsexporteur in der westlichen Welt, vor allem in der EU. Da unsere Rüstungsindustrie zugibt, dass sie schon heute zu 60, 70 oder 80% vom Export lebt, können vermehrte oder leichtere Exportgenehmigungen nicht die Probleme lösen, die entstanden sind, weil die Bundeswehr aufgrund missglückter Reformen nicht das Geld hat, immer mehr und immer teurere neue Waffentechnik zu kaufen, die meist viel später, viel teurer und viel schlechter geliefert wird, als die Industrie es am Anfang versprach.

3. Wir müssten zugeben: Wir pflegen seit Jahrzehnten höchst seltsame Vorlieben bei unserer Waffenkundschaft. Von den späten 60er bis in die 80er Jahre war es uns aufgrund der permanenten Werftenkrise ziemlich oder gar völlig egal, dass die überwiegende Zahl der Kunden der deutschen Marineindustrie aus mehr oder weniger brutalen Militärdiktaturen oder autokratischen Regimen bestand. Das ist heute nicht anders, nur – dass es weltweit nur noch wenige Militärdiktaturen gibt. Übrig geblieben sind autokratische reaktionäre Herrschaftsformen, zum Beispiel Monarchien, die – wenn sie Geld haben, zu den liebsten Kunden der deutschen Rüstungsindustrie zählen.

4. Saudi Arabien ist derzeit in aller Munde. Es kann für manche andere stehen: Algerien, die Emirate oder Kuwait. Aber nehmen wir einfach Saudi Arabien: An diesem Beispiel wird vieles deutlich: Saudi Arabien ist reich, unendlich reich. Wir müssen es reich machen, weil es uns fossile Energie liefert. Natürlich besteht eine große Versuchung, die Petro-Euros, die wir zahlen müssen, wieder zu repatriieren. Rüstungslieferungen sind dabei eine attraktive Variante.

Zum Glück entscheiden in Saudi Arabien nur ganz wenige Personen, wie das Land sein Geld ausgibt. Sie gehören zum Königshaus und wollen auch selbst profitieren, wenn sie Geld ausgeben. Ein schlechtes Gewissen haben sie nicht, denn es sind ja keine Steuergelder, die sie ausgeben. Der saudische Staatshaushalt ist ein Geschenk des Königs an sein Volk und zu denen, die von diesem, Geschenk etwas haben sollen, gehört vor allem die Königsfamilie. Es ist da Glück der Deutschen, dass das saudische Königshaus immer wieder glaubt, Waren und Rüstungsgüter aus Deutschland seien besonders gut und zuverlässig.

Sie glauben, Mercedes sei das beste Alltagsauto und Lürssen baue die besten Luxusyachten. Ähnliches gilt für Waffen: Die geglaubt besten Maschinenpistolen und Gewehre kommen aus Oberndorf und sind von Heckler und Koch, die geglaubt besten Kampf- und Radpanzer sind von Kraus-Maffay Wegmann in Allach und die besten Schnellboote kommen von Lürssen in Bremen.

Selbst wenn sie wissen, dass niemand ihnen zuhören kann: Auch hinter den abhörsicheren Mauern des Kanzleramtes behaupten sicher höchstens einige wenige Verwirrte, Saudi Arabien sei eine Musterdemokratie. Fast jeder weiß, dass in Saudi Arabien die Frauen- und Menschenrechte oft mit Füßen getreten werden. Fast alle müssen zugeben, dass das reiche Saudi Arabien zu den wichtigsten Geldquellen radikal-islamistischer Gruppierungen zählt, die der Westen für islamistische Terrorgefahren verantwortlich macht. Und die meisten wissen auch, dass Saudi-Arabien große Rüstungsaufträge nur an diejenigen vergibt, die mit dem saudischen Königshaus Regierungsverträge abschließen. Mit anderen Worten: Verträge, bei denen die Regierung – und nicht nur die Industrie - des Lieferlandes Vertragspartner ist. Verträge, mit denen sich dieser Staat zu Leistungen verpflichtet – zum Beispiel zu Ausbildungsleistungen für das saudische Militär. Die Regierung des Lieferlandes muss sich zum politischen Komplizen des Regimes in Saudi Arabien machen, damit ihre Industrie Profite machen kann. Auch die Bundesregierung weiß das.

Heute sichert der Staat mit Hermes-Bürgschaften Rüstungsgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler/in ab. Heute führt die Vergabe von Nachbaurechten deutscher Kriegswaffen zu unkontrollierbarer Produktion, Weiterverkauf und Einsatz dieser Waffen. Und heute gilt die Lieferung von Waffen oder Komponenten aus Deutschland in ein anderes EU-Land gar nicht als Export, denn das findet im Rahmen des Binnenmarktes statt. Das ist Hohn und Spott auf jede Endverbleibsklausel – sie wird schlicht wirkungslos.

Es muss endlich gesetzliche Regelungen geben, die diesen Export nicht als Wirtschaftsförderung, sondern wie die Androhung von Gewalt behandelt. Dafür brauchen wir eine Rüstungsexportgesetz, dass kontrolliert, sanktioniert und verbietet.



Die Rüstungsexporte aus Deutschland müssen gestoppt werden! Mit unserer Kunstaktion heute hier vor dem Bundeskanzleramt senden wir ein klares Signal an die Bundeskanzlerin Angela Merkel und an die Regierenden: Die Bevölkerung will nicht, dass unsere Waffen weltweit töten. In Umfragen sprechen sich fast 80 Prozent der Bevölkerung gegen Waffenlieferungen aus. Wir, die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert, dass der Export von Kriegswaffen und Rüstungsexporten mit einer Klarstellung im Grundgesetz Artikel 26,2 und/oder in einem Rüstungsexportgesetz grundsätzlich verboten wird. Wir wollen die offenen Grenzen für Waffenexporte schließen. Damit von Deutschland Frieden ausgeht.

Warum machen wir das alles genau heute? Weil wir diese Klarstellung im Grundgesetz Artikel 26.2 fordern, gestaltet die „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!“ 2013 zum zweiten Mal den 26.2. als bundesweiten Aktionstag gegen Waffenhandel.